

Beschlusspapier der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, 25.06.2023

OHNE WASSER KEIN LEBEN: STRATEGIEN FÜR EINE NACHHALTIGE WASSERVERSORGUNG IN BERLIN

Wasser ist von grundlegender Bedeutung für das Leben auf der Erde. Als essentielle Ressource für Menschen, Tiere und Pflanzen spielt es eine zentrale Rolle in nahezu allen Bereichen unseres Lebens. Urbane Kleingewässer spielen beispielsweise eine herausragende Rolle für die Naherholung, wirken sich durch Kühleffekte positiv auf das Stadtklima aus und sind unerlässlicher Bestandteil des Wasserhaushalts.

Um Berlin vor einer Wasserkrise zu bewahren, müssen wir jetzt handeln. Wir schlagen Alarm. Denn unser System der Wasserversorgung steckt in der Krise: bedingt durch die Klimakatastrophe, Bevölkerungswachstum und Strukturwandel in der Lausitz wird das Wasser in Berlin knapp. Dass die Spree in Hitzephasen austrocknet, wird leider in Zukunft öfter vorkommen. Der Kampf gegen die Klimakrise und die schnellstmögliche Reduktion klimaschädlicher Emissionen sind der wichtigste, langfristige Baustein zur Verhinderung der Wasserkrise. Das gilt global wie auch für Berlin-Brandenburg, eine der trockensten und heißesten Regionen Deutschlands. Weil Wasser sich nicht um die Stadtgrenze schert, müssen wir eng mit Brandenburg zusammenarbeiten, um die Herausforderungen der Wasserversorgung zu lösen. Nur gemeinsam können wir uns sicher für die Zukunft wappnen!

Das Thema Wasser muss ganz oben auf die Agenda. Damit wir auch in Zukunft genug Trinkwasser haben und unsere Gewässer, Stadtgrün und Wälder weiter Lebensraum für die Flora und Fauna sind, gilt es jetzt, die absehbaren und unausweichlichen Folgen der Wasserkrise zügig mit einem Bündel an Sofortmaßnahmen abzufedern.

Wir Bündnisgrüne fordern:

1. **Jetzt Maßnahmen umsetzen, um morgen noch gut versorgt zu sein:** Stillgelegte Wasserwerke wieder in Betrieb nehmen und, beispielsweise im Plänterwald, neue bauen. Den Wasserbetrieben BWB Investitionen ermöglichen, statt sie zu zwingen, Überschüsse an den Landeshaushalt abzuführen. Beim Kohleausstieg in Brandenburg die künftige Wasserversorgung der Spree mitdenken.

2. **Wasser intelligent nutzen – von Grundwasser über Regen-, Fluss-, Grau- und Klarwasser:** Grundwasserbildung durch Entsiegelung und Netto-Null-Versiegelung bis 2030, damit Berlin endlich Schwammstadt wird und kostbares Regenwasser verwendet, statt es zu verlieren. Regenwasser nicht mehr in die Kanalisation leiten, weder bei Neubau noch im Bestand, sondern es speichern oder versickern lassen. Verwendung von dezentral aufbereitetem Grauwasser für die Grünanlage um die Ecke oder Toiletten.
3. **Wasser sozial verteilen – günstiges Trinkwasser für alle, Luxusnutzung wird teurer:** Mehr kostenlose Trinkwasserbrunnen im Stadtgebiet und abgestufte Preise von günstigem Grundbedarf bis preisintensiven hohen Verbräuchen.
4. **Ordnungsrecht schaffen:** Grundversorgung der Bevölkerung durch Wasserregulierung sichern, für nicht zwingend nötige Verbräuche in Phasen besonderer Wasserknappheit.

Darüber hinaus fordern wir die schwarz-rote Koalition auf, jetzt eine **länderübergreifende Taskforce Wasserversorgung** einzurichten, um eine ganzheitliche und gemeinsame **Wasserstrategie 2050** bis Ende 2024 zu entwickeln, die **prioritäre Zwischenziele bis 2035** für die Metropolregion Berlin-Brandenburg enthält. Leitend ist dabei der vom rot-grün-roten Senat eingeschlagene Weg hin zur Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinie, der Masterplan Wasser, die Begleitung durch die Blue Community und den Berliner Wassertisch, sowie die gute Zusammenarbeit mit den Berliner Wasserbetrieben.

Die Berliner Bevölkerung wird seit über hundert Jahren mit Trinkwasser aus dem eigenen Stadtgebiet und dem direkt angrenzenden Umland versorgt. Bis zu 70 Prozent des Trinkwassers werden aus Uferfiltraten gewonnen, nur etwa ein Drittel aus dem Grundwasser. Doch die Wasserversorgung basiert auf künstlichen Gegebenheiten: Der Wasserhaushalt ist maßgeblich von Begleiterscheinungen des Braunkohleabbaus geformt. So wurden in den vergangenen 120 Jahren Braunkohleabbau circa 58 Mrd. m³ Grundwasser – mehr als der Bodensee fasst – abgepumpt und dann in die Spree geleitet. Das geförderte Grundwasser füllt zu einem großen Teil die Spree auf, die ohne diese Maßnahme schon heute mehr einem Bach gleichen würde.

Die **europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)** verpflichtet uns, alle Gewässer – vom Grundwasser über Flüsse und Seen – in einen „guten Zustand“ zu bringen. Pflanzen und Fische sollen weitestgehend natürlich vorkommen, Bäche und Flüsse müssen durchgängig Lebensraum für alle Lebewesen sein, die Uferzonen naturnah und Schadstoffgrenzwerte eingehalten werden. Unter bündnisgrüner Federführung hatte Rot-Grün-Rot deshalb den **Berliner Länderbericht mit Maßnahmenprogramm der Flussgemeinschaft Elbe** für den Zeitraum 2022-2027 verabschiedet. Damit wurde eine Übersicht über den Zustand der Berliner Grund- und Oberflächengewässer und die **geplanten Maßnahmen zur Verwirklichung der WRRL** vorgelegt. **Diese müssen schnellstmöglich umgesetzt werden**, um die WRRL zu erfüllen!

Um den Veränderungen der wasserwirtschaftlichen Rahmenbedingungen über die europäische WRRL hinaus zu begegnen, hat die bündnisgrün geführte Umweltverwaltung des Vorgängersensats den **Masterplan Wasser** erarbeitet. **Der Masterplan Wasser muss prioritär umgesetzt werden.** Die schwarz-rote Regierung darf nicht hinter die gesteckten Ziele zurückfallen!

Daraus leiten sich folgende Hauptforderungen ab:

1. Wir müssen **zusätzliche Wasserressourcen erschließen**. Ehemalige Wasserwerksstandorte müssen geprüft und für die Wiederinbetriebnahme ertüchtigt werden. Das betrifft vor allem die Standorte **Jungfernheide** und **Johannisthal**, wo 1995 noch 26 Mio. m³, bzw. 14 Mio. m³ Wasser gefördert wurden. Im Wasservorranggebiet **Plänterwald** sollte die Errichtung eines neuen Wasserwerks geprüft werden. Dies würde die Grundwasserentnahme auf eine breitere Fläche verteilen. Brunnengalerien in natursensiblen Zonen können eine Gefahr für Feuchtgebiete darstellen. Brunnengalerien dürfen **zum Schutz von Mooren und Wäldern** nur bis zu ortsspezifisch festgelegten **Mindestständen des Grundwassers Wasser fördern**.
2. Die **Grundwasserneubildung muss befördert werden**. Dafür fordern wir den Senat dazu auf, sich zur **Netto-Null-Versiegelung bis spätestens 2030** zu bekennen. Die Berliner **Wälder** sind unsere aktiven Grundwasserbilder. Sie müssen dringend erhalten und in ihrer Qualität gefördert werden. **Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen**, auch von **Dächern und Fassaden**, leisten insbesondere in dicht bebauten urbanen Gebieten einen sehr wichtigen Beitrag zur Umweltgerechtigkeit und Kühlung der Stadt. Vergrößerte Baumscheiben sorgen für die Bewässerung und Versickerung von Wasser direkt um Stadtbäume herum. Die Speicherung, Nutzung, Verdunstung und Versickerung von Regenwasser werden wir gegen alle Rückschrittsversuche von CDU und SPD verteidigen, denn sie sind wichtige Bestandteile des Regenwassermanagements und der Realisierung der **Schwammstadt**.
3. Eine **dezentrale Regenwasserbewirtschaftung** fördert die Grundwasserneubildung und hält das Wasser in der Stadt: Statt Regenwasser, wie bisher, durch die Mischkanalisation mit der Spree aus der Stadt zu leiten, muss es **in der Stadt gehalten werden**, um durch Versickerung das Grundwasser zu speisen, den natürlichen Wasserhaushalt zu stützen und unsere Stadtnatur zu bewässern. Wir setzen uns dafür ein, Regen als eine **wertvolle Ressource** zu begreifen. Die **Abkoppelung** von der Kanalisation muss im Gebäudebestand schnellstmöglich umgesetzt werden. Die bereits bestehenden Vorgaben für den Neubau, wonach das Regenwasser auf dem Grundstück zu bewirtschaften ist, sind ein wichtiger Schritt und sie müssen für alle Bauvorhaben gelten – auch für Umbauten und umfassende Sanierungen. Bisherige Ausnahmeregelungen gehören auf den Prüfstand. Mit der **Regenwasseragentur haben wir bereits einen zentralen Akteur** geschaffen, den wir weiter stärken müssen.

4. Wir müssen **sparsamer mit dem hohen Gut Wasser umgehen**. Gärten und Grünflächen sollten, da zwingend nötig, ausschließlich in den Abend- oder Morgenstunden bewässert werden. Anlagen zur **Bewässerung** müssen mit wassersparender Technik wie Tröpfchenbewässerung ausgerüstet werden. Zur Bewässerung soll sukzessive auf die **Nutzung von Regenwasser** umgestellt werden. **In Neubaugebieten wollen wir die Grauwassernutzung durch Betriebe und private Haushalte, zum Beispiel für die Toilettenspülung, verankern**. Schließlich sprechen wir uns für die **Schaffung rechtlicher Optionen** aus, die es ermöglichen, die Bevölkerung vor einem Trinkwassermangel zu schützen. Um den Grundbedarf nach Trinkwasser und sozialen Infrastrukturen, wie beispielsweise bei öffentlichen Schwimmbädern, für die Allgemeinheit zu sichern, muss ein zu vermeidender Wasserverbrauch **regulativ eingeschränkt werden** können. Klar ist aber auch: Je sparsamer wir mit Wasser umgehen, desto weniger müssen wir regulieren.
5. Maßnahmen zur **Sicherung von Lebensraum am und im Wasser**: Kleingewässer sind in Berlin besonders stark durch die zunehmende Trockenheit bedroht. Oft enthalten sie über längere Zeit im Jahr kein Wasser mehr, verbuschen und verlanden. Dabei bieten sie je nach Lage, Wasserstand, Wasserqualität, Lichtverhältnissen und baulicher Unversehrtheit der Ufer vielen spezialisierten und gefährdeten Pflanzen- und Tierarten einen **Lebensraum** – darunter z.B. Röhrichtbestände und deren Bewohner wie Wasservögel, Ringelnattern, Libellen, Wasserkäfer und viele mehr.
Mit dem **Berliner Öko-Konto** haben wir das Projekt „**Blaue Perlen für Berlin**“ finanziert und einen großen Beitrag zum Erhalt der Berliner Kleingewässer, angrenzender Feuchtgebiete, und die Biotopvernetzung geleistet. Wir erwarten, dass der Senat die **Sicherung der Kleingewässer** fortsetzt und in den Bezirken die dafür nötige finanzielle Ausstattung sichert. Trockengelegte, oder -gefallene Moore sollen wieder vernässt werden, dazu sind Fördermittel, u.a. aus dem Bundesprogramm „Natürlicher Klimaschutz“, einzuwerben.
6. Die **Abwasserinfrastruktur muss verbessert werden**. Die Berliner Wasserbetriebe haben dazu ein umfangreiches **Investitionsprogramm** vorgelegt, welches wir ausdrücklich unterstützen und weiter vorantreiben wollen. Techniken wie die Ozonierung im Rahmen der **4. Reinigungsstufe** sind nach Evaluierung bisheriger Erfahrungen sukzessive auf weitere Standorte auszuweiten. Die **Phosphor- und Stickstoffreduzierung** im Wasser muss weiter vorangetrieben werden. Wir brauchen zudem Strategien zum Umgang mit **Mikroplastik** und per- und polyfluorierten Chemikalien (**PFAS**) in unserem Wasser. Klarwasser soll zunehmend für die (Wieder-)Vernässung analog der Rieselfelder in Hobrechtsfelde genutzt werden. **Durch gezielte Investitionen in die Kanalisation müssen wir Überläufe in die Flüsse bei Starkregen auf ein absolutes Minimum reduzieren**.
7. Wir brauchen auch in Zukunft **günstige Wassertarife für den Grundverbrauch**. **Wer Wasser verschwendet, soll hingegen zur Kasse gebeten werden**, denn das können wir uns jetzt schon nicht mehr leisten. Günstige Wassertarife und höhere Investitionen in Klimaanpassung, Regenwassermanagement, mehr Trinkbrunnen und neue Wasserwerke müssen kein Widerspruch sein. Derzeit führen die Wasserbetriebe Jahr für Jahr dreistel-

lige Millionenbeträge an das Land Berlin ab – bezahlt von allen Berliner*innen mit ihrer Wasserrechnung. Daher fordern wir eine Änderung der Regelungen zur kalkulatorischen Verzinsung im Betriebsgesetz auf den Zinssatz von 10-jährigen Bundesanleihen im Durchschnitt der letzten 20 Jahre. Die verbleibenden **Überschüsse müssen dann für Investitionen statt zur Gewinnausschüttung für das Land** genutzt werden.

8. Umso prekärer die Lage mit Wasserknappheit und Hitze zu werden droht, umso wichtiger ist es, die vulnerablen Gruppen in unserer Stadtgesellschaft mitzudenken und gerade für sie die Wasserversorgung zu gewährleisten. Deswegen werden wir uns auch in Zukunft für **mehr Trinkwasserbrunnen** einsetzen. Diese erhöhen die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum und erleichtern es auch vulnerablen Gruppen, sich länger draußen aufzuhalten. Mit den **Berliner Wasserbetrieben** steht dem Land Berlin ein zuverlässiger Partner für die Absicherung der Trinkwasserversorgung zur Seite. Die **Straßenbrunnen** bzw. Schwengelpumpen, sollen in einer Hand bei den BWB gebündelt werden. Diese müssen instand gehalten und gesetzt werden, denn Wasser darf kein Luxus sein und muss für die Bewässerung von Stadtbäumen und im Notfall zur Versorgung der Bevölkerung verfügbar sein.
9. Auf dem Weg in die wassersensible Stadt brauchen wir ein breites Verständnis für das Thema quer durch verschiedene Politikbereiche. Die Stadtentwicklung ist dabei besonders gefragt. Daher fordern wir, **Maßnahmen der Schwammstadt in die Novelle der Berliner Bauordnung** aufzunehmen!

Die Wasserversorgung Berlins kann nur im Verbund mit unserem Nachbarland **Brandenburg**, und darüber hinaus mit Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und dem Bund gelingen. Denn **auch in Brandenburg herrscht Wasserknappheit**. Sinkende Pegel in Badeseen, ausgetrocknete Bäche und immer häufiger auftretende Niedrigwasserstände in Spree, Schwarzer Elster und Oder machen auch dort das Problem sichtbar.

Als Flächenland muss Brandenburg insbesondere die Versorgung der Landwirtschaft in Zeiten sich häufender Dürren ins Auge nehmen. Als eine ihrer größten Kundinnen ist auch Berlin auf die regionale Landwirtschaft Brandenburgs angewiesen. Es ist also unsere gemeinsame Verantwortung **dafür zu sorgen, dass das knappe Gut Wasser sozial und gesellschaftlich gerecht verteilt wird**.

Der Braunkohleabbau in der Lausitz hält bisher die Pegel der Spree künstlich hoch. Denn um die Kohle fördern zu können, wird permanent Grundwasser aus den Tagebauen in die Spree gepumpt. Mit dem Kohleausstieg wird das enden. Die Tagebaue werden nach und nach mit dem einfließenden Grundwasser geflutet – es entstehen riesige „Restseen“.

Diesen Prozess wollen wir kritisch begleiten:

- Die **LEAG**¹ darf gemäß **Verursacherprinzip** nicht aus der Verantwortung für die Ewigkeitskosten im Bezug auf den Wasserhaushalt entlassen werden.
- Um den Wasserhaushalt in der Spree zu stabilisieren, brauchen wir **mehr Speicherkapazitäten**, insbesondere das Speicherbecken Lohsa II, sowie die Klärung der Nutzung des Cottbuser Ostsees und des Schwielochsees.
- Um die Eisenockerbelastung der Spree durch die Tagebaue langfristig und nachhaltig zu verringern, müssen **Dichtwände** errichtet werden. Berlin muss sich mit dem Land Sachsen und Brandenburg dafür einsetzen, dass die Dichtwand am Speicherbecken Lohsa II sowie am jetzigen Tagebau Nochten umgesetzt wird.
- Um künftige Verdunstungsflächen zu minimieren, sollen möglichst **kleine tiefe, statt große flache Tagebaurestseen** entstehen.
- Berlin muss seinen Beitrag dazu leisten, dass ein **Großraummodell der Lausitz zur Modellierung der Grundwasserverhältnisse**, sowie der Ableitung von Maßnahmen im Rahmen von Kohleausstieg und Klimakrise entwickelt werden kann.
- Etwaige **Wasserüberleitungen, d.h. die Überleitung von Wasser aus anderen Flüssen in die Spree**, müssen volkswirtschaftlich und gewässerökologisch unter die Lupe genommen werden.

Die Bewältigung der Wasserkrise ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir brauchen einen länderübergreifenden Ansatz, um auch künftig ausreichend Wasser für die Haushalte, Öffentlichkeit, Wirtschaft, Landwirtschaft und Freizeit bereitzustellen. Räumlich gesehen bilden Berlin und Brandenburg eine Einheit. Es braucht deshalb zügig eine ganzheitliche und gemeinsame **Wasserstrategie 2050** mit prioritären Zwischenzielen bis 2035 für die Metropolregion Berlin-Brandenburg, die bis Ende 2024 entwickelt werden soll. Für die Entwicklung der Strategie und deren Umsetzung fordern wir die Einberufung einer **Taskforce Wasser**, bestehend aus Ministerien, Wissenschaft, Verbänden, sowie Fachpolitiker*innen aus Berlin und Brandenburg. Sie soll die Vision einer nachhaltigen Wasserbewirtschaftung entwickeln, die die Ressource sichert und einen breiten gesellschaftlichen Konsens findet. Prioritär müssen Konzepte zum Umgang mit den **bestehenden Wasserressourcen** entwickelt und umgesetzt werden.

Mit dem Fortschreiten von Klimakrise und Wasserknappheit in der Metropolregion braucht es zudem perspektivisch innovative Ansätze, wie z. B. Fernleitungen aus wasserreichen Gebieten, die etwa **entsalztes Wasser von der Ostsee nach Berlin** transportieren. Hierbei ist auch der Bund mit der nationalen Wasserstrategie gefragt. Die regionale und nationale Wasserstrategie muss

¹ Die LEAG ist die gemeinsame Marke der Lausitz Energie Verwaltungs GmbH, Lausitz Energie Bergbau AG (kurz LE-B) und der Lausitz Energie Kraftwerke AG (kurz LE-K).

mit den Wasserstoff-Strategien für die Region und den Bund zusammengedacht werden. In einer ohnehin sehr wasserarmen Region wie Berlin-Brandenburg sind der Produktion von grünem Wasserstoff natürliche Grenzen gesetzt. Diese gilt es für die Transformation der Energie- und Wärmeversorgung der Region zu beachten.